

Unter den Minderheiten-Staatsbediensteten seien mehr als 40% jünger als 40 Jahre, mehr als 75% besäßen einen Oberschul- oder gar Hochschulabschluß, zwei Drittel verfügten über vertiefte technische oder andere Fachkenntnisse. -hei-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

*(10)

Stärkung der Grundlagenforschung durch Förderung der Nachwuchsausbildung

Nach eigener Einschätzung ist in China die Grundlagenforschung im Vergleich zum Westen schwach entwickelt. Diese Einschätzung gab der Präsident der Chinesischen Akademie der Ingenieurwissenschaften Zhu Guangya auf einem Forum über das 21. Jahrhundert, das vom 4.-6. Sept. 1996 in Beijing vom Nationalkomitee der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes veranstaltet wurde (vgl. dazu RMRB, 5. u. 7.9.96). Zhu machte diese Äußerung im Rahmen eines Vortrages mit dem Titel "Entwicklung von Wissenschaft und Technologie in Asien und China und ihr wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Einfluß". In dem Vortrag betonte er die strategische Bedeutung, die die asiatischen Hochwachstumsländer der Wissenschaft und Technik beimessen. Als Merkmale dieser Politik stellte er u.a. heraus, daß diese Länder die angewandten Wissenschaften und deren Zusammenhang mit der Wirtschaft betonten. Damit hätten diese Länder zwar ein hohes Entwicklungstempo erreicht, zugleich offenbare diese Politik jedoch auch eine Schwäche, nämlich die Vernachlässigung der Grundlagenforschung (XNA, 7.9.96). Obwohl der Akademiepräsident diese Äußerung nicht speziell auf China münzte, sondern alle schnell wachsenden Volkswirtschaften Asiens ansprach, war doch deutlich, daß seine Aussagen China in besonderem Maße betreffen.

Als wesentliches Hindernis für die Stärkung der Grundlagenforschung in China muß der Mangel an entsprechenden Nachwuchswissenschaftlern angesehen werden. Zur Behebung dieses Mangels ist im 9. Fünfjahrplan (1996-2000) vorgesehen, daß der Staat jedes Jahr 60 Mio. Yuan bereitstellt, die in

einen sog. "Staatlichen Fonds zur Ausbildung von Fachkräften für die Grundlagenforschung" eingezahlt werden (RMRB, 19.9.96). Damit steht die Ausbildung von Nachwuchskräften für die Grundlagenforschung erstmalig auf einem festen Fundament. Vorbereitungen für diese Ausbildung wurden bereits vor mehreren Jahren in Angriff genommen. So beschloß die Staatliche Bildungskommission bereits im Jahre 1990, für Forschung und Entwicklung in den Gebieten Hoch- und neue Technologien und anderen angewandten Wissenschaften wie Ingenieur- und Agrarwissenschaft, Medizin, ja selbst in Philosophie und einigen Sozial- und Geisteswissenschaften vermehrt Fachleute auszubilden und zu fördern. Zu diesem Zweck sollte auf nationaler Ebene aus den Reihen der Schwerpunktuniversitäten und einer kleinen Zahl von naturwissenschaftlichen und technischen Schwerpunkthochschulen eine Gruppe von Fachzentren für solche Grundlagenwissenschaften wie Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geologie und Geographie ausgewählt werden. Beginnend mit dem Grundstudium, wurden diese Zentren Schritt für Schritt zu nationalen Ausbildungszentren für Forschungs- und Lehrpersonal in den Grundlagenwissenschaften ausgebaut.

Seit 1991 hat die Staatliche Bildungskommission nacheinander aus gut dreißig Universitäten und naturwissenschaftlich-technischen Hochschulen Fachzentren für Grundlagenforschung in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie, Biologie, Geologie, Geographie, Klimatologie, Meereskunde, Astronomie, Mechanik und Psychologie ausgewählt und insgesamt 61 sog. "Stützpunkte für die Ausbildung von Forschungs- und Lehrpersonal für naturwissenschaftliche Grundlagenforschung" errichtet. Die 300 Mio. Yuan, die im 9. Fünfjahrplan für den "Fonds zur Ausbildung von Fachkräften für die Grundlagenforschung" bereitgestellt werden, sind hauptsächlich für die bereits bestehenden naturwissenschaftlichen Stützpunkte bestimmt sowie für eine Gruppe neuer Stützpunkte, deren Einrichtung gerade vorbereitet wird. Die Mittel werden u.a. für die Anschaffung von Lehrmitteln, Laborausrüstungen und Bibliotheksmaterialien verwendet. (RMRB, 19.9.96)

Die Ausbildungsstützpunkte sind an den besten Universitäten und Hochschulen des Landes angesiedelt, allerdings nicht an allen Schwerpunkthinstitutionen. Es gibt rund 100 Schwerpunktuniversitäten

und -hochschulen. Die Namen der dreißig Institutionen, an denen die ausgewählten Stützpunkte angesiedelt sind, wurden nicht bekanntgegeben. -st-

*(11)

Internationaler Archivkongreß in Beijing

Im Anschluß an den internationalen Bibliothekskongreß fand vom 2.-7. Sept. 1996 in Beijing der 13. Internationale Archivkongreß statt. Der Kongreß stand unter dem Motto "Archivarbeit am Ende dieses Jahrhunderts - Rückblick und Perspektiven". An dem Kongreß nahmen 2.600 Vertreter aus 130 Ländern und Regionen teil. Der Internationale Vorstand für Archivwesen war 1950 in Paris von der UNESCO gegründet worden. China trat ihm 1980 bei (vgl. RMRB, 3.9.96). Zur Eröffnung sprach Ministerpräsident Li Peng; er betonte, daß Archive das gesellschaftliche Leben der Menschheit dokumentierten und ein wichtiger Bestandteil des kulturellen Welterbes seien. China sei ein Land mit einer langen Geschichte und einer glänzenden Kultur; es habe eine herausragende Tradition auf dem Gebiet des Archivwesens, und diese Tradition habe bewirkt, daß die nationale Kultur von Generation zu Generation weitervererbt worden sei und daß die chinesische Zivilisation bis heute einen starken Zusammenhalt im Volk schaffe (vgl. den Wortlaut der Rede in RMRB, 3.9.96).

China reklamiert für sich eine Geschichte des Archivwesens von 3.500 Jahren (dies erwähnte der Präsident des Internationalen Vorstands für Archivwesen sogar in seiner Begrüßung, s. XNA, 3.9.96). Als ältestes Archiv in China - "und möglicherweise ältestes in der Welt" - bezeichnen chinesische Archivare eine Fundstätte im Tal des Gelben Flusses, wo vor über 3.200 Jahren in einem Keller ein Archiv angelegt worden sei. Archäologen hätten daraus gut 20.000 Tierknochen und Schildkrötenpanzer mit piktographischen Aufzeichnungen geborgen. Von der Han-Zeit (206 v.-220 n.Chr.) bis zur Qing-Dynastie (1644-1911) sei unter allen Regierungen erfolgreiche Archivarbeit geleistet worden. Bereits im 3. Jh. v.Chr. habe die Han-Dynastie ein Archiv für die voraufgegangenen Dynastien eingerichtet. Das Kaiserliche Archiv der Ming-Dynastie (1368-1644) sei seinerzeit mit 1,79 Mio. Bänden über Steuern und Dienstleistungen das größte Chinas gewesen, sei jedoch nicht erhal-

ten. Das einzige guterhaltene Archiv aus dem alten China sei das 1534 in Beijing erbaute Huang Shi Cheng, das Kaiserliche Archiv. Nach 1949 habe die Regierung damit begonnen, ein Archivnetz aufzubauen. Heute verfüge China u.a. über fast 3.000 allgemeine Staatsarchive und 200 spezialisierte Staatsarchive.

Die drei wichtigsten Archive sind das Zentralarchiv, das Erste Historische und das Zweite Historische Archiv. Im Zentralarchiv lagern die Dokumente der Kommunistischen Partei Chinas sowie anderer Parteiinstitutionen, ferner die Archive der Zentralregierung. Im Ersten Historischen Archiv werden die kaiserlichen Archive der Ming- und Qing-Dynastie von 1638-1911 aufbewahrt, im Zweiten Historischen Archiv die Bestände zentraler Regierungsinstitutionen der Republikzeit von 1911-1949. (XNA, 2.9.96) Eine ausführliche Darstellung des gegenwärtigen Standes des chinesischen Archivwesens brachte die *Volkszeitung* am 2.9.96. In dem Artikel wird darauf hingewiesen, daß China im Jahre 1987 ein Archivgesetz verabschiedete, das im Juli 1996 revidiert wurde.

Wie der Generalsekretär des chinesischen Organisationskomitees des internationalen Archivkongresses auf einer Pressekonferenz erklärte, sind chinesische Staatsarchive seit 1980 öffentlich zugänglich. Dem chinesischen Archivgesetz zufolge können Dokumente, die mindestens 30 Jahre alt sind, eingesehen werden. Für Dokumente mit wirtschaftlichem, wissenschaftlichem und technologischem Inhalt liegt die Frist auch unterhalb 30 Jahren. Die Archive sind auch für Ausländer geöffnet. Der Generalsekretär wies überdies darauf hin, daß China eine spezielle Zeitung für das Archivwesen veröffentlicht; angeblich soll es sich um die einzige derartige Zeitung in der Welt handeln. (XNA, 3.9.96)

Auf der Konferenz kam auch zur Sprache, daß kostbare Teile chinesischer Archive verloren sind oder vom Ausland erbeutet wurden. Mit diesem Kapitel des chinesischen Archivwesens befaßte sich der Direktor des Ersten Historischen Archivs in seinem Vortrag. Drei Entdeckungen in neuerer Zeit seien für das Archivwesen in China von entscheidender Bedeutung gewesen: die Schriftfunde in den Ruinen der Yin/Shang-Dynastie, die klassischen Schriften in Dunhuang und die Archive der Ming- und Qing-Dynastie. Von den

insgesamt 150.000 Inschriftenstücken auf Schildkrötenpanzern und Tierknochen, die in den Yin-Ruinen ausgegraben wurden, besitze China nur noch etwa 128.000; den Rest hätten ausländische Mächte wie Japan, Kanada, USA und Großbritannien geraubt. Die buddhistischen Klassiker, die zwischen dem 4. und 11. Jh. geschrieben worden seien, hätten über 1000 Jahre in Dunhuang unentdeckt gelagert. Nachdem sie Anfang dieses Jh. entdeckt worden seien, sei ein großer Teil durch westliche Ausländer entwendet worden. Rund 6.000 Bände befänden sich im Britischen Museum und 2.500 in der Nationalbibliothek in Paris. Ein Teil gelte als vermißt. Im Jahre 1900 (zur Zeit des Boxeraufstands) schließlich hätten die alliierten Truppen der acht Mächte die chinesische Hauptstadt eingenommen und die Archive der Qing-Dynastie geplündert. Ein Teil des Materials befinde sich in der Library of Congress in Washington. (XNA, 6.9.96)

Zum neuen Präsidenten der Internationalen Archivkonferenz wurde der Chinese Wang Gang, Direktor des Staatlichen Büros für Archivwesen und Direktor des Zentralarchivs, gewählt. Damit gelangte zum erstenmal ein Vertreter eines Entwicklungslandes in diese Position. In seiner vierjährigen Amtszeit will Wang Gang insbesondere die Archivarbeit in den Entwicklungsländern sowie den Austausch und die Zusammenarbeit zwischen entwickelten und Entwicklungsländern stärken. Anstrengungen sollen vor allem zur Rettung der Archive in den Entwicklungsländern unternommen werden, die oft durch Naturkatastrophen, Krieg und ungünstige Umweltbedingungen gefährdet seien. (XNA, 8.9.96)

Dieser Kongreß bedeutete für China einen Gewinn an internationalem Ansehen. Zum einen hat das Land gezeigt, daß es - wie schon des öfteren - derartige internationale Veranstaltungen erfolgreich durchführen kann. Zum anderen gab der Kongreß China Gelegenheit, seine internationale Kooperationsfähigkeit unter Beweis zu stellen und eine Führungsrolle wahrzunehmen. Gerade solche kulturellen Bereiche wie das Archivwesen, auf dem China aufgrund seiner langen Tradition über große Erfahrungen verfügt und sich kompetent fühlt, bieten China die Möglichkeit, eine internationale Führungsrolle zu übernehmen. Eine solche Rolle wird China zukünftig in verstärktem Maße auch auf anderen Gebieten in Anspruch nehmen wollen. -st-

*(12)

Verbesserte Qualifikation und Stellung der Lehrer

Seit Inkrafttreten des Lehrgesetzes am 1.1.1994 haben sich die Qualifikation und die materiellen Bedingungen der Lehrer nach Angaben der Staatlichen Bildungskommission deutlich verbessert. So sollen die Durchschnittsgehälter der Lehrer auf allen Ebenen das Niveau der Durchschnittsgehälter der staatlichen Bediensteten erreicht oder überschritten haben. Hinsichtlich der Qualifikation hatten 88,9% der Grundschullehrer, 69,1% der Mittelschullehrer für die Sekundarstufe I und 55,2% der Mittelschullehrer für die Sekundarstufe II die erforderliche Ausbildung durchlaufen (GMRB, 9.9.96). Aus diesen Angaben folgt: je höher die Schulstufe, desto geringer die Zahl der qualifizierten Lehrer. Hieraus muß nicht unbedingt auf die Prioritäten in der staatlichen Bildungspolitik geschlossen werden. Daß nur fast die Hälfte der Mittelschullehrer der Oberstufe das obligate Universitätsstudium absolviert hat, liegt vor allem an der geringen Beliebtheit des Pädagogikstudiums. Hat ein Studienbewerber erst einmal die Zulassung zu einer Universität erlangt, so zieht er in der Regel andere Studienzweige vor.

Hinsichtlich der materiellen Besserstellung der Lehrer scheint das Problem der Rückstände bei den Lehrergehältern derzeit von einer Lösung noch weit entfernt zu sein. In demselben Bericht heißt es, daß dieses Problem in gut zehn Provinzen, Städten mit Provinzstatus und autonomen Gebieten "schon im wesentlichen" gelöst sei. Etwas besser steht es mit den Ruhegeldern. Hier sollen "fast" zwanzig Provinzeinheiten die Pensionen so weit angehoben haben, daß Grund- und Mittelschullehrer nach einer dreißigjährigen Lehrtätigkeit und Lehrerinnen nach 25jähriger Lehrtätigkeit 100% ihres Gehaltes als Ruhegeld erhalten. Seit 1994 kommt eine Reihe von Lehrern auch in den Genuß von Sonderzuwendungen; so kann in Beijing, Fujian, Yunnan, Shandong, Heilongjiang, Henan und Shaanxi Lehrern der Sonderklasse medizinische Vorzugsbehandlung gewährt werden. Dies sind allerdings Sonderrechte, die nicht jedem Lehrer zustehen. Des weiteren wird erwähnt, daß die Regierung 1994 und 1995 große Summen in den Wohnungsbau für Lehrer investiert habe, wodurch sich die Wohnsituation für die Lehrer entspannt habe.

Schließlich wird angeführt, daß der Staat jedes Jahr eine bestimmte Anzahl von nichtstaatlichen Lehrern (*minban*-Lehrer, die hauptsächlich auf dem Lande tätig sind und deren Gehälter weit unter denen der staatlich finanzierten Lehrer liegen) bei entsprechender Qualifikation in den Status staatlich finanzierter Lehrer überleitet. Das Ziel ist, die *minban*-Lehrer bis zum Jahr 2000 abzuschaffen.

Zum Schluß wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß die Besserstellung der Lehrer seit 1995 in einigen Gebieten schon dazu geführt habe, daß eine Reihe von Lehrern, die ins Geschäftsleben abgewandert waren, wieder in den Lehrerberuf zurückzukehren beginnen und daß sich die Zahl der Bewerber für ein Studium an einer pädagogischen Ausbildungsstätte deutlich erhöht habe (GMRB, 9.9.96).

Bis in die jüngste Zeit galt das Lehrproblem (mangelnde Qualifikation, schlechte materielle Bedingungen und infolgedessen Nachwuchsmangel) als Hauptengpaß der Bildungsreform. Die Staatliche Bildungskommission versucht - nicht zuletzt wohl auch im Hinblick auf den Lehrertag am 10. September -, die Fortschritte hinsichtlich der Situation der Lehrer herauszustellen. Es ist keine Frage, daß sich die Lage der Lehrer in vielen Städten und Gegenden verbessert hat, so daß in einigen Großstädten der Lehrerberuf sogar schon an dritter Stelle der Beliebtheitskala steht. Bei den Hochschulaufnahmeprüfungen dieses Sommers verzeichneten beispielsweise die Universitäten und Pädagogischen Hochschulen in der Provinz Jiangsu erstmalig mehr erfolgreiche Bewerber als Studienplätze zu vergeben waren. Diese erfreuliche Entwicklung wird auf die Besserstellung der Lehrer und die guten Berufsaussichten zurückgeführt (vgl. GMRB, 29.8.96). Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß das gestiegene Ansehen des Lehrberufs nur für die wohlhabenden Provinzen des Ostens gilt, während in weiten Teilen des Binnenlandes, zumal in den unterentwickelten Gebieten, der Lehrerberuf nach wie vor unattraktiv ist, weil sich dort an den ärmlichen Lebensverhältnissen und unzureichenden Arbeitsbedingungen der Lehrer kaum etwas geändert hat. Insofern besagen nationale Durchschnittszahlen sehr wenig.

Greift man nur das Problem der Lehrerausbildung heraus, so wurden auf einer kürzlich von der Staatlichen Bildungs-

kommission zu diesem Thema veranstalteten Tagung die Defizite realistisch benannt. Die Lehrerbildung könne gegenwärtig noch nicht den durch die Modernisierungspolitik, die Bildungsreform und die Einführung der neunjährigen Schulpflicht entstandenen Bedarf an Lehrern decken. Der Ausbau der Lehrerbildung gehe äußerst ungleichgewichtig vonstatten. Vielerorts würde die offizielle Richtung, daß im Rahmen der Bildungsreform die Lehrerbildung Priorität haben soll, nicht befolgt, es würde zu wenig in die Lehrerbildung investiert, und die Ausbildungsbedingungen ebenso wie die Qualität und Effektivität der Ausbildung ließen zu wünschen übrig. Für die pädagogische Ausbildung sei die Regierung zuständig, d.h. öffentliche Mittel der jeweiligen Finanzbehörde seien die Hauptfinanzierungsquelle. Dies gelte nicht nur für die pädagogischen Ausbildungsstätten selbst, sondern auch für die Pädagogikstudenten. (Pädagogik zählt zu den wenigen Fachrichtungen, deren Studium über staatliche Stipendien finanziert wird.) Dieses System müsse noch verbessert werden, und zwar einmal durch weitere Unterstützung durch die Zentralregierung, zum anderen durch die Einrichtung entsprechender Spezialfonds auf lokaler Ebene.

Bildungsminister Zhu Kaixuan betonte auf der Tagung, daß China aufgrund seiner besonderen Bedingungen bis auf weiteres an dem System der separaten Lehrerausbildung festhalten müsse. Nur dieses System biete eine solide Grundlage für die Ausbildung neuer Lehrer und die Lehrerfortbildung in einem so riesigen Umfang, wie er in China notwendig sei. Die pädagogische Ausbildung erfolgt auf drei Ebenen, nämlich der Sekundarschulebene (Grundschullehrer), der Fachhochschulebene (Mittelschulunterstufenlehrer) und der Universitätsebene (Mittelschuloberstufenlehrer). Auf allen drei Stufen wird die Ausbildung auf speziellen pädagogischen Schulen erteilt; lediglich auf der dritten Stufe kann auf einer allgemeinen Universität studiert werden, obwohl auch hier die Regel ist, an einer Pädagogischen Universität zu studieren. Die pädagogischen Ausbildungsstätten sind allerdings bislang sehr ungleich verteilt. Deshalb wurden die vier Verwaltungsebenen Provinz, Stadt, Kreis und Gemeinde aufgefordert, das Ausbildungsnetz zu verbessern. (GMRB, RMRB, 10.9.96) Das System separater Lehrerbildungsinstitutionen birgt Vor- und Nachteile. Ein Vorteil ist sicherlich, daß unter den gegenwärtigen Bedingun-

gen eine von den übrigen Hochschulen und Universitäten abgekoppelte Lehrerbildung besser zu übersehen und zu planen ist. Der Nachteil ist allerdings, daß die örtlichen Behörden wahrscheinlich wenig Neigung zeigen, in eine Fachrichtung zu investieren, die sie gänzlich finanzieren müssen, d.h. in der keine Studiengebühren zu kassieren sind. Insofern werden die örtlichen Regierungen nicht unbedingt gewillt sein, neue Lehrerausbildungsstätten zu gründen, es sei denn, es fließen Gelder der Zentrale. -st-

*(13)

China beschränkt Zugang zum Internet

Nachdem die chinesische Regierung im Februar 1996 "Vorläufige Bestimmungen über die Kontrolle des Internet" herausgegeben hat (vgl. C.a., 1996/2, Ü 15), in denen hauptsächlich der Zugang zum Internet geregelt wird, ist es den Fachleuten inzwischen gelungen, bestimmte Informationen aus dem Internet herauszufiltern, so daß der Zugang zu diesen Informationen blockiert ist. Betroffen sind fünf Kategorien von Informationen:

- Nachrichten US-amerikanischer Medien wie z.B. *Wall Street Journal*, *Los Angeles Times*, *Washington Post* und CNN.
- Chinesischsprachige Informationen der taiwanischen Regierung und taiwanischer Medien.
- Informationen chinakritischer Presseorgane und Publikationen aus Hongkong.
- Informationen aus dem Ausland von Dissidenten und Menschenrechtsgruppen, insbesondere solchen, die die Unabhängigkeit Tibets und Xinjiangs propagieren.
- Pornographische Publikationen. (Vgl. AWSJ, 5.9.96; IHT, 10.9.96)

In Kreisen der westlichen Informationsindustrie hat das Ausmaß der Blockierungen überrascht. Es sei das erste Mal, daß ein Land den Zugang zu Internet-Informationen in einem solchen Umfang blockiere. Es wird geschätzt, daß China etwa 100 World Wide Web sites gesperrt hat, und zwar über ein bestimmtes Filtersystem. Zuständig ist das Ministerium für Post und Telekommunikation, das das Internet in China betreibt und kontrolliert. Derzeit sollen in China 20.000 Internet accounts angemeldet sein; hinzu kommen rund 200.000 in zwei akademischen Datennetzen. Die Zahl der Internet-Benutzer

dürfte jedoch um ein Vielfaches höher liegen, weil viele accounts von mehreren Benutzern geteilt werden. Man vermutet, daß Chinas Blockadebemühungen sich noch nicht auf die beiden akademischen Datennetze erstrecken. Auch sind die Fachleute skeptisch, ob es China angesichts des zunehmenden Verkehrs im Internet weiterhin gelingt, unerwünschte Informationen zu sperren. (AWSJ, a.a.O.)

China befindet sich offensichtlich in einem Dilemma. Einerseits will es die moderne Informationstechnik nutzen, um den wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu fördern. In seiner Modernisierungspolitik nehmen gerade Datenautobahnen und andere elektronische Informationsnetze eine strategische Position ein; sie sollen dem Bildungswesen, Wissenschaft und Technik, dem Finanzwesen, Handel, Tourismus usw. zugute kommen. Andererseits ist die politische Führung darauf bedacht, unerwünschte Informationen, d.h. politisch sensitive und moralisch anstößige Informationen, von den Internet-Benutzern fernzuhalten. Die Partei versucht mit allen Mitteln, das Informationsmonopol zu behalten, auch wenn dies angesichts fortschreitender Informationstechnik immer schwieriger wird. -st-

*(14)

Gesetz zum Schutz der Rechte alter Menschen

Am 29. August 1996 hat der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses ein Gesetz zum Schutz der Rechte alter Menschen verabschiedet. Es ist Ausdruck der Tatsache, daß China - nicht zuletzt aufgrund seiner strengen Geburtenplanungspolitik - zunehmend mit dem Problem der Alten konfrontiert ist. In dem Gesetz, das aus 6 Kapiteln und 50 Paragraphen besteht, werden Menschen über 60 Jahre als Alte eingestuft; ihre Rechte werden dem besonderen Schutz des Staates unterstellt. Das Gesetz sichert alten Menschen das Recht auf materielle Unterstützung durch den Staat oder die Gesellschaft zu. Ferner verbietet es, Alte zu diskriminieren, zu demütigen, zu tyrannisieren und zu verlassen. Die gesamte Gesellschaft wird aufgefordert, die Alten zu respektieren und eine Atmosphäre der Fürsorge und Hilfe für die alte Bevölkerung zu schaffen. Speziell werden auch die Einwohner- und Dorfkomitees aufgerufen, den Forderungen der Alten zu entsprechen, deren

Rechte zu schützen und den Alten zu dienen. Insbesondere soll es für Kinder und die Jugend eine Pflicht sein, den Alten zu dienen. In diesen im ersten Kapitel ("Allgemeine Bestimmungen") niedergelegten Grundsätzen spiegelt sich die traditionelle chinesische Hochachtung für die Alten wider.

Auch das 2. Kapitel trägt den kulturellen Besonderheiten Chinas Rechnung, indem hier die Familie als Hauptunterstützerin der Alten hingestellt wird. In erster Linie ist es die Familie, die die Alten unterhalten und betreuen soll. Sorgepflichtig sind jeweils die Kinder und auch deren Ehepartner. Sie müssen den Alten medizinische Versorgung zukommen lassen und ihnen Wohnraum zur Verfügung stellen; sie dürfen die Alten nicht zwingen, in eine schlechtere Wohnung zu ziehen, und sie dürfen den Alten ihre Wohnung nicht eigenmächtig wegnehmen. Auf dem Lande haben sie die Pflicht, den Alten das Pachtland zu bestellen und ihnen die Erträge zu überlassen. Wenn die Familie ihrer Fürsorgepflicht nicht nachkommt, haben die Alten das Recht, von den Unterhaltspflichtigen das Geld für den Unterhalt zu verlangen. Die Alten haben das Recht, sich wiederzuverheiraten und sich scheiden zu lassen, ohne daß die Kinder ein Einspruchsrecht hätten. Bei Wiederverheiratung hört die Unterhaltspflicht der Kinder nicht auf.

Im 3. Kapitel geht es um die Leistungen der Gesellschaft für die Alten. Darin ist festgehalten, daß der Staat für seine Bediensteten ein Rentensystem aufbaut. Auf dem Lande sind die Kollektive zuständig, entweder indem sie ebenfalls ein Rentensystem aufbauen oder aus ihrem sonstigen Vermögen die Alten unterstützen. In den Städten muß die örtliche Regierung Alten, die keine Angehörigen haben und arbeitsunfähig sind, einen Mindestlebensunterhalt gewähren. Auf dem Lande muß der Mindestunterhalt durch das Dorfkollektiv gewährleistet werden. Entsprechendes gilt für die medizinische Versorgung. Ferner steht den Alten das Recht auf Weiterbildung und Teilnahme an kulturellen Aktivitäten zu. Der Staat fördert den Bau von Alten- und Pflegeheimen und fordert die örtlichen Regierungen ebenfalls zum Bau solcher Einrichtungen auf.

Das 4. Kapitel enthält Vorschläge, wie die Alten auf freiwilliger Basis ihre Erfahrungen und ihr Wissen weiterhin zum Nutzen der Gesellschaft einsetzen können, sei es im Bildungswesen ("Erziehung der Kinder und Jugend in Sozi-

alismus, Patriotismus, Kollektivismus" usw.), in Form von Beratung oder anderen Diensten, auch gegen Entgelt.

Das 5. Kapitel behandelt juristische Fragen, angefangen von den alten Menschen zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln bis hin zu zivil- und strafrechtlichen Verfolgungen bei Verstößen gegen das vorliegende Gesetz.

In den beiden Paragraphen des 6. Kapitels wird den örtlichen Volkskongressen der Verwaltungseinheiten nationaler Minderheiten das Recht eingeräumt, auf der Grundlage des vorliegenden Gesetzes modifizierte oder ergänzende Bestimmungen entsprechend den jeweiligen nationalen Sitten und Gebräuchen aufzustellen; außerdem wird festgehalten, daß das Gesetz am 1. Oktober 1996 in Kraft tritt.

(Vgl. den Gesetzestext in RMRB, 23.9.96, S.11.)

Als bevölkerungsreichstes Land der Erde ist China auch das Land mit den zahlenmäßig meisten alten Menschen. Gegenwärtig leben in China 110 Millionen Menschen über 60 Jahre. Durch die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen, vor allem aber auch durch die strenge Geburtenregelung und Familienplanung muß sich der Staat zunehmend mit dem Altenproblem auseinandersetzen. Probleme gibt es vor allem in bezug auf die Versorgung, weil das bestehende Rentensystem nicht flächendeckend ist, sondern bislang fast nur im städtischen und staatlichen Bereich existiert, während es auf dem Lande erst im Aufbau begriffen ist und große regionale Unterschiede aufweist. Deshalb wird in dem Gesetz an der Tradition festgehalten, daß die alten Menschen durch die Familie, d.h. ihre Kinder (einschl. Schwiegerkindern) unterhalten werden. Bereits bei Einbringung der Gesetzesvorlage im Juni hieß es dazu von offizieller Seite, daß China nicht den Wohlfahrtsstaat westlicher Prägung kopieren, sondern die bewährte Familientradition aufrechterhalten wolle (vgl. XNA, 29.6.96). Dennoch dürfte es in den kommenden Jahren mit der zunehmenden Zahl von Einzelkindern, die erwachsen werden, immer schwieriger werden, die Alten durch die Kinder versorgen zu lassen. Schon heute können viele alte Menschen nicht mehr bei ihren Kindern wohnen oder haben keine Angehörigen, so daß sie auf Altenheime angewiesen sind. In der Großstadt Shanghai rechnet man, daß 5% der Alten einen Wohnheimplatz benötigen. Derzeit stehen allerdings noch längst

nicht so viele Altenheimplätze zur Verfügung (XNA, 4.7.96). Der bereits bemerkbare Trend, daß ältere Menschen nicht mehr von ihren Kindern abhängen wollen und in Altenheime ziehen, wird sich in Zukunft weiter verstärken. -st-

*(15)

Schriftstellerin Dai Houying ermordet

Ende August wurde die bekannte Schriftstellerin Dai Houying in ihrer Wohnung in Shanghai ermordet. Zusammen mit ihr wurde ihre Nichte getötet (SCMP, 29.8.96). Zunächst wurde über den Täter und die Motive nichts bekannt. Erst Tage später teilte die Polizei mit, daß ein junger Mann aus Anhui, Koch eines Hotels und Enkel von einem Lehrer Dai Houyings, die Morde gestanden hat. Offenbar hatte er vermutet, die Schriftstellerin sei wohlhabend, denn er hatte ihr Sparbuch und einige Wertsachen gestohlen. (SCMP, 19.9.96)

Dai Houying, Jahrgang 1938, war eine der prominentesten Vertreterinnen der sog. Wundenliteratur, mit der in den Jahren nach Maos Tod die Leiden beschrieben wurden, die insbesondere den Intellektuellen während der Kulturrevolution zugefügt worden waren. Dai selbst hatte ein bewegtes Leben hinter sich. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre studierte sie an der Ostchinesischen Pädagogischen Hochschule in Shanghai Chinesisch. Dort engagierte sie sich politisch, indem sie aktiv an der Anti-Rechts-Kampagne (1957) teilnahm und zu einer radikalen Linken wurde. Nach ihrem Studium erhielt sie eine Stelle beim Literaturinstitut des Shanghai Schriftstellerverbandes, wo sie mit Literaturkritik und -theorie befaßt war. 1970 wurde sie Mitglied einer Untersuchungsgruppe, die den bekannten Lyriker Wen Jie, der seit Beginn der Kulturrevolution in Ungnade gefallen war, zu kritisieren hatte. In dieser Zeit verliebten sich beide ineinander, aber diese Liebe endete unglücklich, weil sich Wen Jie 1971 das Leben nahm. Er war damals 48 Jahre alt. Unter dem Einfluß Wen Jies wandelte sich Dai Houying von einer Aktivistin der Kulturrevolution zu einer Vertreterin des Humanismus.

Nach der Kulturrevolution wurde sie Professorin am Chinesischen Seminar der Fudan-Universität. 1978 begann sie zu schreiben. Ihre beiden bekanntesten Romane sind "Tod eines Dichters" (*Shiren zhi si*) und "Mensch, oh

Mensch" (*Ren a, ren*). Sie fanden nicht nur in China weite Verbreitung, sondern wurden auch in viele andere Sprachen übersetzt. (In Deutschland erschien "Mensch, oh Mensch" unter dem Titel *Die große Mauer*.) Beide Romane sind stark autobiographisch geprägt. (Vgl. ausführlich über ihr Leben *Ming bao yuekan*, Sept. 1996, S.47-49 und *Zhengming*, Okt. 1996, S.73-76.) -st-

Außenwirtschaft

*(16)

Exportsteigerung erfordert weitere Liberalisierungsschritte

Um das für 1996 mit 281 Mrd. US\$ geplante Außenhandelsvolumen zu erreichen, haben das Außenwirtschaftsministerium (MOFTEC) und die Staatliche Wirtschafts- und Handelskommission (SETC) eine Reihe von Fördermaßnahmen beschlossen.

Zu diesen Maßnahmen zählen beschleunigte Genehmigungsverfahren für die Überprüfung und Genehmigung von Unternehmen im verarbeitenden Sektor, die Außenhandelsgeschäfte machen wollen. Gleichzeitig sollen die Anforderungen an die Überprüfung und Genehmigung von mittelgroßen Unternehmen im Außenhandel reduziert werden. Die Ausweitung der Exportrechte auf eine größere Anzahl von Unternehmen wird als ein wichtiger Schritt in der Reform des Außenhandels angesehen.

Zur Förderung der Exporte hat das MOFTEC weiterhin vorgeschlagen, daß die Staatsbanken ihr Exportkreditvolumen erhöhen, um wichtige Unternehmen im Exportsektor zu unterstützen. Viele Außenhandelsunternehmen leiden unter Kapitalknappheit, da die Steuerrückerstattung für Exporteure seit letztem Jahr nur sehr schleppend vor sich geht. Zusätzlich zur politikorientierten Im- und Exportbank sollen andere Staatsbanken Kredite zu günstigen Zinsen an die Exportunternehmen vergeben. Vor allem Unternehmen, die Maschinen und elektrische Produkte herstellten, sollten durch Kredite unterstützt werden. Die Bevorzugung dieser Unternehmen soll sich positiv auf die Struktur der Exporte auswirken, die von arbeitsintensiven Produkten dominiert wird.

Fördermaßnahmen zur Unterstützung der Exporte erfolgen vor dem Hintergrund der rückläufigen Ausfuhren. Im Vergleich zur Vorjahresperiode gingen die Ausfuhren im 1. Halbjahr 1996 um 8,2% zurück. Obwohl sich die Exportentwicklung im 3. Quartal verbessert hat, kann bis Ende August gegenüber der Vorjahresperiode ein Exportrückgang um 4,2% festgestellt werden. Während Chinas Außenhandelsüberschuß im Jahre 1995 rd. 16 Mrd. US\$ betragen hatte, belief sich bis Ende August der positive Saldo lediglich auf 5 Mrd. US\$ und wird Schätzungen nach für das gesamte Jahr nicht höher als 8 Mrd. US\$ ausfallen.

Für das kommende Jahr kündigte MOFTEC außerdem die Einführung eines Ausschreibungsverfahrens an, über das sich Exportunternehmen an der Vergabe von Exportquoten beteiligen können. Insgesamt gibt es derzeit 116 Exportkategorien, für die Lizenzen erforderlich sind und 95 davon unterliegenden Quotenvorgaben. Chinesische Exporteure sehen sich zwei Arten von Quoten gegenüber. Hierzu zählen die freiwilligen Exportbeschränkungen, die eine bestimmte Gruppe von Exportprodukten regulieren sollen, sowie die zwangsweise verhängten Quoten, die von den ausländischen Handelspartnern vorgegeben werden.

Ab dem nächsten Jahr müssen die Exporteure sich um Exportrechte für 33 Exportprodukte bewerben und auch dafür zahlen. Für die Exporte von Schwarz-Weiß-TVs, Ventilatoren und Fahrrädern müssen sich die Unternehmen zwar an der Ausschreibung beteiligen, haben jedoch keine Gebühr zu entrichten. (XNA, 14.9.96; (Zhongguo Tongxun She, News Agency, Hong Kong, in Chinese, 14.10.96, nach SWB, FE/D2746 CNS, 18.10.96) -schü-

*(17)

Deutschen Mittelständlern soll der Weg nach China erleichtert werden

Im Rahmen von Fördermaßnahmen, die der deutschen mittelständischen Industrie den Einstieg in das China-Geschäft erleichtern sollen, fand Anfang September in Beijing die zweite deutsch-chinesische Mittelstandskonferenz statt. Die Zahl der deutschen Unternehmen, die an dieser Konferenz teilgenommen haben, wird mit 144 Firmen angegeben und läßt auf großes Interesse der mittelständischen Unternehmen schließen.